

Sicherheit bei Union in guten Händen

Als Horst Seehofer das Amt des Bundesinnenministers übernahm, gab es nicht nur positive Kommentare. Dreieinhalb Jahre später wissen wir: Es war kein Fehler, einen so erfahrenen Politiker mit dieser schwierigen Aufgabe zu betrauen. Seehofer „hat geliefert“, wie man im modernen Politjargon zu sagen pflegt.

Für mich ist innere Sicherheit ein ganz wichtiger Baustein guter Politik. Als Bürgerinnen und Bürger dürfen wir erwarten, dass der Staat genug dafür tut, um für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen.

So wurden allein in der letzten Woche zwei wichtige Gesetze im Bundestag verabschiedet, die eindeutig die Handschrift der CDU/CSU tragen. Mit dem Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts erhält der Bundesverfassungsschutz die rechtliche Möglichkeit, verschlüsselte Nachrichten über Chatforen oder Messenger-Diensten wie WhatsApp oder Telegram mitzulesen. So sollen Extremisten und Terroristen beobachtet werden können, um Attentate frühzeitig zu verhindern. Das Bundespolizeigesetz von 1994 wurde an die modernen Erfordernisse der Strafverfolgung angepasst, so dass auch die Bundespolizei unter anderem neue Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung erhält. Zusammen mit dem im April beschlossenen IT-Sicherheitsgesetz, das dem verbesserten Schutz der Bundesverwaltung, der Wirtschaft, insbesondere den kritischen Infrastrukturen und dem Verbraucherschutz, dient, bilden diese Gesetze ein großes Sicherheitspaket.

Den Kampf gegen den Extremismus jeglicher Couleur hat der Bundesinnenminister auch durch andere Instrumente intensiviert. So verbot er 2020 allein vier rechtsextremistische Vereine. Gegen die islamistische Hisbollah wurde ein Betätigungsverbot in Deutschland erlassen und im Mai 2021 wurden drei Spendensammelvereine verboten, so dass diese nicht mehr Gelder für den islamistischen Terror in Deutschland eintreiben können. Durch die Anpassung des Waffenrechts soll der legale Zugang zu Schusswaffen, vor allem für Extremisten, unterbunden werden und Verfassungsfeinden die Erlaubnis zum Besitz von Waffen entzogen werden können.

Damit die Gesetze auch eingehalten und umgesetzt werden, wurden zwischen 2016 und 2020 mehr Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen. Bei der Bundespolizei wuchs die Anzahl der Stellen um über 10.000 auf aktuell 49.945 Stellen, beim Bundeskriminalamt von 5.260 auf 8.027 Stellen und beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik von 611 auf 1.533 Stellen.

Das alles hat wenig Aufmerksamkeit gefunden. Gerade deswegen möchte ich darauf hinweisen: Wir agieren und warten nicht, bis wieder etwas Schlimmes passiert ist. Bedauern und Verurteilen solcher Taten allein helfen nicht weiter.

Alle diese Leistungen der letzten Jahre zeigen, dass die innere Sicherheit in guten Händen bei unserem Bundesinnenminister liegt. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen: Innere Sicherheit ist und bleibt ein Markenkern der Union.

Ihr Hans-Joachim Fuchtel

Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Calw/Freudenstadt